# S 182 BA 221/20

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung 28. Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft

Deskriptoren Betriebsprüfung

Ad-hoc-Betriebsprüfung

Verwaltungsakte

**VA-Befugnis** 

Insolvenz

Insolvenzverfahren

Insolvenzforderung

Masseverbindlichkeit

Hinzuziehung eines Bevollmächtigten für

das Vorverfahren

Insolvenzforderungen i. S. v. § 38 InsO

können – anders als

Masseverbindlichkeiten - wegen des aus §

87 InsO folgenden und

rechtsgebietsübergreifend geltenden Grundprinzips, dass Insolvenzgläubiger

aus dem begrenzten Schuldnervermögen gleichmäßig und gemeinschaftlich zu

befriedigen sind, seitens der öffentlichen Hand nicht durch Verwaltungsakt

festgesetzt werden. Dies gilt auch für

Sozialversicherungsträger. Die zugunsten der Rentenversicherungsträger in 28p

Abs. 1 Satz 5 SGB IV geregelte

Ermächtigung, in

Betriebsprüfungsverfahren

Grundlagenbescheide zu erlassen, wird

infolgedessen verdrängt.

Leitsätze

Normenkette SGB IV § 28p Abs. 1 Satz 5 InsO §§ 38, 87, 174, 178 InsO VwGO § 162 Abs. 2 Satz 2 1. Instanz Aktenzeichen S 182 BA 221/20 06.07.2021 Datum 2. Instanz L 28 BA 42/21 Aktenzeichen 26.01.2024 Datum 3. Instanz Datum Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 6. Juli 2021 wird zurückgewiesen. Â Die Beklagte trĤgt die Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der Kosten der Beigeladenen, die ihre Kosten selbst zu tragen haben. Â Die Revision wird zugelassen. Â Â **Tatbestand** 

Â

Â

Streitig ist die RechtmĤÄ□igkeit eines nach ErĶffnung des Insolvenzverfahrens gegenļber dem klagenden Insolvenzverwalter bekanntgegebenen Betriebsprļfungsbescheid der Beklagten.

Â

̸ber das Vermögen der P gesellschaft mbH (im Folgenden: Insolvenzschuldnerin)

eröffnete das Amtsgericht Charlottenburg mit Beschluss vom 12. Dezember 2019 (36p IN 5794/19) das Insolvenzverfahren wegen Zahlungsunfähigkeit und Ā∏berschuldung und bestellte den Kläger zum Insolvenzverwalter.

#### Â

AnlÃxsslich der Eröffnung des Insolvenzverfahrens führte die Beklagte am 2. Juni 2020 fÃ1/4r die Zeit vom 1. Juni 2019 bis zum 11. Dezember 2019 eine Betriebsprå¼fung bei der Insolvenzschuldnerin durch. Nach Anhå¶rung stellte sie mit Bescheid vom 4. Juni 2020 für die Monate Juli bis August sowie Dezember 2019 sich aus der Prüfung ergebende Insolvenzforderungen in Höhe von insgesamt 1.540,44 Euro fest. Der Bescheid nebst Anlagen stelle BeitrĤge als Insolvenzforderungen nach <u>§ 38 Insolvenzordnung (InsO)</u> fest, die nach <u>§Â§ 187</u> ff. InsO zu befriedigen seien. Sie würden von der zuständigen Einzugsstelle nach § 175 InsO zur Tabelle gemeldet. Eine Zahlungsaufforderung sei damit nicht verbunden. Es seien keine Beitragsnachweise an die Beigeladene zu 1. übermittelt worden. Bei der Beigeladenen zu 2. habe der gebuchte Beitragsnachweis korrigiert werden müssen, da er nicht in der richtigen Höhe eingereicht worden sei. Die Zusammenstellung der zu wenig gezahlten BeitrĤge ergebe sich aus der Anlage â∏ â∏Berechnung der Beiträgeâ∏ â∏ zum Bescheid. Die weitere Anlage â∏ â∏Nachweis der Beiträgeâ∏ â∏ gelte als Beitragsnachweis fýr die Sollstellung der jeweiligen Einzugsstelle.

#### Â

Der KlĤger erhob gegen den Bescheid â vertreten durch die bevollmĤchtigte Rechtsanwaltskanzlei, der er als Rechts- und Fachanwalt für Insolvenzrecht ebenfalls angehört â Widerspruch mit der Begründung, die Beklagte dürfe die geltend gemachten Forderungen nicht durch Verwaltungsakt festsetzen (Schreiben vom 2. Juli 2020). Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung könnten nur Masseverbindlichkeiten und nicht Insolvenzforderungen mittels Bescheids geltend gemacht werden. Auch der Erlass von Grundlagenbescheiden sei für Insolvenzforderungen unzulässig.

# Â

Mit Widerspruchsbescheid vom 3. September 2020 wies die Beklagte den Widerspruch zurĽck. Zur BegrĽndung wurde ausgefļhrt, die RentenversicherungstrĤger seien befugt, im Rahmen einer Prüfung nach §Â 28p Abs. 1 Satz 3 Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) anlĤsslich eines erĶffneten Insolvenzverfahrens Nachforderungsbescheide zu erlassen, wie aus dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 28. Mai 2015 (â☐ B 12 R 16/13 R â☐) folge. Im Vergleich zur Finanzverwaltung existiere im Sozialversicherungsrecht ein zweigeteiltes Verfahren. Die RentenversicherungstrĤger seien zwar prļfende Institution, jedoch nicht GlĤubiger des Gesamtsozialversicherungsbeitrags. Dies seien die Einzugsstellen. Der RentenversicherungstrĤger prüfe im Rahmen der Betriebsprüfung das â☐Beitrags-Sollâ☐ und stelle dies mittels eines Bescheids ohne Zahlungsaufforderung fest. Die Feststellungen dienten den Einzugsstellen als

bindende Grundlage für deren Forderungsanmeldung zur Insolvenztabelle. Das insolvenzrechtliche Feststellungsverfahren werde hierdurch nicht umgangen. Materiell-rechtlich sei der Bescheid vom Kläger nicht beanstandet worden.

# Â

Der KlĤger hat am 29. September 2020 vor dem Sozialgericht Berlin Klage erhoben mit der Begründung, die Beklagte sei nicht berechtigt, bei Insolvenzforderungen eine Festsetzungsentscheidung in einem Grundlagenbescheid zu treffen. Die jahrzehntelange Praxis der Beklagten, zu Insolvenzforderungen nur Prüfmitteilungen zu verschicken, nicht dagegen Bescheide, habe die Beklagte unzulässigerweise unter Bezugnahme auf das vorgenannte höchstrichterliche Urteil zu Masseverbindlichkeiten aufgegeben. Das insolvenzrechtliche Prüfverfahren werde damit jedoch umgangen.

# Â

Das Sozialgericht hat mit Urteil vom 6. Juli 2021 den Betriebsprļfungsbescheid und den Widerspruchsbescheid aufgehoben. Die Anfechtungsklage sei zulÄxssig und begrýndet. Die Beklagte sei nicht berechtigt gewesen, durch Verwaltungsakt Ansprüche auf Gesamtsozialversicherungsbeiträge festzustellen, die vor ErĶffnung des Insolvenzverfahrens entstanden seien und deshalb sogenannte Insolvenzforderungen darstellten. Die Kammer folge dem Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 26. Mai 2020 â∏∏ S 73 KR 30/20 â∏∏, das zwischen denselben Beteiligten ergangen sei und einen vergleichbaren Sachverhalt betreffe. Die Befugnis, durch Bescheid über Ansprüche auf Zahlung von GesamtsozialversicherungsbeitrĤgen zu entscheiden, werde bei Insolvenzforderungen durch die Regelungen des Insolvenzrechts verdrĤngt. Insolvenzgl\text{A\timesubiger d\tilde{A}\tilde{4}rften ihre Forderungen nur nach den Vorschriften \tilde{A}\tilde{4}ber das Insolvenzverfahren verfolgen. In solchen FĤllen kĶnnten die RentenversicherungstrĤger allein sogenannte Prüfmitteilungen erlassen, anhand derer die Einzugsstellen als InsolvenzglĤubiger in der Lage seien, Ansprļche auf GesamtsozialversicherungsbeitrÄxge im Insolvenzverfahren anzumelden. Die beantragte Hinzuziehung der BevollmÄxchtigten fÄ1/4r das Vorverfahren sei nicht für notwendig zu erklären gewesen, weil der Insolvenzverwalter selbst ausgewiesener Spezialist des Insolvenzrechts sei.

# Â

Zur Begründung ihrer Berufung vom 30. Juli 2021 gegen das Urteil hat die Beklagte vorgetragen, Insolvenzprüfungen würden die ZeitrÃ $\alpha$ ume vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens betreffen. Stellten sich für diese ZeitrÃ $\alpha$ ume aufgrund von Betriebsprüfungen Nachforderungen heraus, handle es sich regelmÃ $\alpha$ Ã $\alpha$ ig, wie hier, um Insolvenzforderungen nach  $\alpha$ 8 38 InsO. Bezogen auf Gesamtsozialversicherungsbeitragsforderungen seien indes nicht die prüfenden RentenversicherungstrÃ $\alpha$ ger InsolvenzglÃ $\alpha$ ubiger, sondern die Krankenkassen als Einzugsstellen. Das Bundessozialgericht habe in der Entscheidung vom 28. Mai 2015 â $\alpha$ 0 B 12 R 16/13 R â $\alpha$ 0 deutlich gemacht, dass sozialrechtlich ein

zweigeteiltes Verfahren existiere mit der Folge, dass dem Feststellungsbescheid nach <u>§ 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV</u> nur der Charakter eines Grundlagenbescheides für die Erhebung der Beiträge zukomme, weil die Arbeitgeberprüfung eine über die bloÃ∏e Kontrollfunktion hinausgehende Bedeutung nicht entfalte. Dies sei indes nicht nur, wie in der Entscheidung des Bundessozialgerichts, bei Masseforderungen der Fall, sondern auch bei Insolvenzforderungen. Der Gesetzgeber habe mit dem SGB IV eine klare Trennung der Aufgaben zwischen den TrÃxgern der Rentenversicherung und den Einzugsstellen vorgesehen. Die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs kA¶nne daher auf das zweigeteilte Verfahren zwischen der Beklagten und den Einzugsstellen nicht angewandt werden. Dieser Umstand sei in der Entscheidung des Bundessozialgerichts zu Recht berücksichtigt worden. Der angefochtene Bescheid schaffe erst die Grundlage für das Beitragsverfahren bzw. die weiteren Schritte im Insolvenzverfahren. Für die Feststellung der Forderung nach Grund und HA¶he sei nach dem entsprechenden gesetzlichen Auftrag sie, die Beklagte, zustĤndig. Es bleibe den Insolvenzverwaltern unbenommen, Forderungen aus Insolvenzbetriebsprüfungen (nach Anmeldung durch die Einzugsstelle) insolvenzrechtlich zu bestreiten und zugleich die RechtmĤÄ∏igkeit der Feststellungen der RentenversicherungstrĤger aus der BetriebsprÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>fung durch die zustĤndige Fachgerichtsbarkeit überprüfen zu lassen.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 6. Juli 2021 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Â

Der KlĤger beantragt,

Â

die Berufung zur $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ckzuweisen und die Hinzuziehung seiner Bevollm $\tilde{A}$ xchtigten im Vorverfahren f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r notwendig zu erkl $\tilde{A}$ xren.

Â

Er hält die erstinstanzliche Entscheidung in der Sache fÃ $\frac{1}{4}$ r zutreffend und vertritt ergänzend die Ansicht, sozialrechtliche und steuerrechtliche Verfahren seien insolvenzrechtlich gleich zu behandeln. Ginge man von der Befugnis zum Erlass des Bescheids aus, wÃ $\frac{1}{4}$ rden spezialgesetzliche Regelungen des Insolvenzrechts verletzt. Es erschlieÃ $\boxed{}$ e sich nicht, welche Bindungswirkung ein  $\boxed{}$ Grundlagenbescheid $\boxed{}$ 0 noch erlangen kÃ $\boxed{}$ nne. Dementsprechend habe die Beklagte in dem Fall, dass Insolvenzschulden betroffen sind, jahrzehntelang nur

Prüfmitteilungen an die Einzugsstellen versandt, die auch ausreichten, um diesen eine Forderungsanmeldung zu ermöglichen. Der Bundesfinanzhof halte im Steuerrecht selbst Grundlagenbescheide für derart gravierend falsch, dass er sie nicht nur für rechtswidrig, sondern für unwirksam erklärt habe. Im Zivil- und Verwaltungsrecht werde die Rechtslage höchstrichterlich entsprechend gewürdigt. § 87 InsO sei nach allgemeiner Auffassung lex specialis. Die Annahme dagegen, die jüngeren Urteile des Bundessozialgerichts zu Masseverbindlichkeiten seien auch für Insolvenzforderungen maÃ□geblich, finde im Gesetz keine Stütze, zumal § 87 InsO dort gar nicht Thema gewesen sei.

#### Â

Soweit ein gewichtiger Unterschied zwischen dem Steuer- und dem Sozialrecht ausgemacht worden sei, sei dies jedenfalls in Bezug auf eine mĶgliche InsolvenzglĤubigerstellung unzutreffend. Denn auch im Steuerrecht komme es in Betracht, dass fĽr den Erlass von Grundlagenbescheiden das Finanzamt zustĤndig sei, fļr die darauf fuÄ∏ende Erhebung dagegen die Gemeinde. Ein qualitativer Unterschied zwischen den Grundlagenbescheiden der Beklagten und denjenigen eines Finanzamts sei nicht erkennbar.

# Â

Schlieà lich sei es, anders als vom Sozialgericht zu den Kosten entschieden, angemessen, die Hinzuziehung seiner Bevollmà chtigten im Vorverfahren fà rotwendig zu erklà ren, da schwierige Rechtsfragen gegenstà rollich seien.

#### Â

Das Insolvenzverfahren sei, wie in der m $\tilde{A}^{1/4}$ ndlichen Verhandlung dem Senat gegen $\tilde{A}^{1/4}$ ber best $\tilde{A}$ xtigt worden ist, noch nicht beendet. Derzeit k $\tilde{A}$ ¶nnten Insolvenzgl $\tilde{A}$ xubiger gem $\tilde{A}$ x $\tilde{A}$  $\sqcap$   $\tilde{A}$ § 38 InsO mit keiner Quote rechnen.

# Â

Die Beigeladenen haben zum Verfahren weder inhaltlich Stellung genommen noch Antr $\tilde{A}$  age gestellt. $\hat{A}$   $\hat{A}$ 

# Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstands wird Bezug genommen auf die SchriftsÃxtze der Beteiligten nebst Anlagen und den sonstigen Inhalt der Gerichtsakte sowie des Verwaltungsvorgangs der Beklagten.

Â

Â

# Entscheidungsgründe

Â

#### Â

Die Berufung der Beklagten, die insbesondere fristgerecht nach <u>§Â 151 Abs. 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) eingelegt worden ist, ist zulässig, aber unbegrýndet.

#### Â

Gegenstand des vorliegenden Berufungsverfahrens sind das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 6. Juli 2021 sowie der Bescheid der Beklagten vom 4. Juni 2020 und der Widerspruchsbescheid vom 3. September 2020. Die vom KlÃ $\alpha$ ger erhobene Anfechtungsklage ist gemÃ $\alpha$   $\alpha$   $\alpha$  September 2020. Die vom KlÃ $\alpha$  ger erhobene Anfechtungsklage ist gemÃ $\alpha$   $\alpha$  September 2020. Die vom KlÃ $\alpha$  ger erhobene Anfechtungsklage ist gemÃ $\alpha$  Recht und mit zutreffenden  $\alpha$  GrÃ $\alpha$  nden entschieden worden ist, ist sie auch begrÃ $\alpha$  ndet.

#### Â

Bei dem gegenstĤndlichen Betriebsprüfungsbescheid vom 4. Juni 2020 handelt es sich um einen Verwaltungsakt i. S. d. <u>§ 31 Satz 1</u> Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X). Der Kläger ist als Insolvenzverwalter über das Vermögen der Insolvenzschuldnerin klagebefugt (vgl. <u>§ 54 Abs. Abs. 1 Satz 2 SGG</u>, <u>§ 56 Abs. 1 InsO</u>). Die Verfügungsbefugnis eines Insolvenzverwalters (vgl. <u>§ 80 Abs. 1 InsO</u>) umfasst auch die Wahrnehmung der Interessen der Insolvenzmasse (vgl. BFH, Urteil vom 10. Dezember 2008 â∏∏ IR 41/07 â∏∏ juris Rn. 6).

#### Â

Die Bescheide sind rechtswidrig und verletzen den Kl $ilde{A}$  $ilde{x}$ ger in seinen Rechten. Ob der Pr $ilde{A}$  $ilde{4}$ fbescheid dar $ilde{A}$  $ilde{4}$ ber hinaus nichtig ist, weil er an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet (vgl.  $ilde{A}$  $ilde{s}$  40 SGB X), kann f $ilde{A}$  $ilde{4}$ r die Begr $ilde{A}$  $ilde{4}$ ndetheit der Anfechtungsklage dahinstehen.

#### Â

Der Bescheid verstöÃ $\$ It gegen die spezialgesetzlichen Regelungen des Insolvenzrechts (in der seit dem 1. Januar 1999 geltenden Fassung des Gesetzes vom 5. Oktober 1994 [BGBl. I S. 2866]). Die gleichmÃ $\$ A $\$ Iige und gemeinschaftliche Befriedigung aller Insolvenzgl $\$ A $\$ ubiger aus dem begrenzten Schuldnerverm $\$ A $\$ gen ( $\$ A $\$ 1 InsO) geh $\$ A $\$ Irt zum Kern des Insolvenzrechts (BGH, Urteil vom 29. Januar 2009  $\$ A $\$ III ZB 88/07  $\$ A $\$ III juris Rn. 22 f. m. w. N.). Das hieraus folgende Grundprinzip gilt rechtsgebiets $\$ A $\$ 4/4 bergreifend auch f $\$ A $\$ 4/4 das Sozialrecht. Die vorliegend als Rechtsgrundlage f $\$ A $\$ 4/4 den Pr $\$ A $\$ 4/4 fbescheid, der in sozialrechtlicher Hinsicht weder formell noch materiell-rechtlich zu beanstanden ist (nachfolgend zu 1.), allein in Betracht kommende Vorschrift des  $\$ A $\$ A $\$ A $\$ Bp Abs. 1 Satz 5 i. V. m. Satz 1 SGB IV (Bekanntmachung vom 12. November 2009 [BGBl. I S. 2710] in der Fassung vom 20. November 2019 [BGBl. I S. 1626]) wird durch die vorrangigen Verfahrensregeln der Insolvenzordnung (InsO) verdr $\$ A $\$ ngt bzw. auf der Grundlage des

Rechtsstaatsprinzips dahingehend reduziert, dass in Fällen der vorstehenden Art allein die Erstellung einer Prüfmitteilung an die Einzugsstellen zulässiges Instrumentarium der Beklagten ist (nachfolgend zu 2.). Ob die Feststellung von Insolvenzforderungen durch Bescheid â∏ hier in Höhe von insgesamt 1.560,44 Euro â∏ darüber hinaus gegen den sogenannten ordre public im Sinne grundlegender inländischer Wertvorstellungen verstöÃ∏t, kann mangels Auslandsbezugs offen bleiben. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu Masseverbindlichkeiten ist auf Insolvenzforderungen, wie hier, nicht übertragbar (nachfolgend 3.). Das Urteil des Sozialgerichts ist auch zur Kostenentscheidung nicht zu beanstanden (nachfolgend 4.).

### Â

1. GemäÃ∏ § 28p Abs. 1 Satz 1 und 5 SGB IV prù¼fen die Träger der Rentenversicherung bei den Arbeitgebern, ob diese ihre Meldepflichten und ihre sonstigen Pflichten nach diesem Gesetzbuch, die im Zusammenhang mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag stehen, ordnungsgemäÃ∏ erfù¼llen; sie prù¼fen insbesondere die Richtigkeit der Beitragszahlungen und der Meldungen (§Â 28a SGB IV) mindestens alle vier Jahre (Satz 1). Die Träger der Rentenversicherung erlassen im Rahmen der Prù¼fung Verwaltungsakte zur Versicherungspflicht und Beitragshöhe in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung einschlieÃ∏lich der Widerspruchsbescheide gegenù¼ber den Arbeitgebern; insoweit gelten §Â 28h Abs. 2 sowie §Â 93 SGB IV i. V. m. §Â 89 Abs. 5 SGB X nicht (Satz 5).

# Â

Eine sogenannte  $\hat{a}_{A}$ -hoc $\hat{a}_{A}$ -Betriebspr $\hat{A}_{A}$ -fung (Arbeitgeberpr $\hat{A}_{A}$ -fung nach  $\hat{A}$ -sep Abs. 1 Satz 3 SGB IV; vgl. BSG, Urteil vom 28. Mai 2015  $\hat{a}_{A}$ -Betriebspr $\hat{A}_{A}$ -fung nach  $\hat{A}$ -sep Juris Rn. 3) findet nach Satz 3 der Vorschrift statt, wenn die Einzugsstelle den Rentenversicherungstr $\hat{A}$ -ger unterrichtet, weil sie eine alsbaldige  $\hat{A}_{A}$ -fung bei dem Arbeitgeber, wie etwa im Falle der Insolvenz und so auch hier,  $\hat{A}_{A}$ -reforderlich  $\hat{A}$ -ger.

# Â

Die vorstehenden Voraussetzungen liegen hier sämtlich vor. Die Beklagte war für die durchgeführte Arbeitgeber-(Ad-hoc-)Betriebsprüfung bei der Insolvenzschuldnerin sachlich und funktionell zuständig (nachfolgend a). Der Bescheid der Beklagten ist auch sozialverfahrensrechtlich rechtmäÃ□ig dem Kläger gegenüber ergangen (nachfolgend b). SchlieÃ□lich ist der Bescheid in materiell-sozialrechtlicher Hinsicht nicht zu beanstanden (nachfolgend c).

# Â

a) Die Beklagte ist als Rentenversicherungsträger gemäÃ∏ <u>§ 28p Abs. 1 Satz 1</u> und 5 SGB IV grundsätzlich sachlich und funktionell ermächtigt, im Rahmen der Betriebsprù¼fung Verwaltungsakte zur Versicherungspflicht und ausdrù¼cklich

auch zur Beitragshöhe â $\square$  einschlieÃ $\square$ lich der Widerspruchsbescheide â $\square$  den Arbeitgebern gegenÃ $^1$ 4ber zu erlassen. Die hierfÃ $^1$ 4r (sonst) gegebene ZustÃ $^1$ 2ndigkeit der Einzugsstellen nach  $^1$ 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV tritt insoweit zurÃ $^1$ 4ck ( $^1$ 28p Abs. 1 Satz 5 Halbsatz 2 SGB IV).

# Â

Wegen der gesetzeshistorischen  $Gr\tilde{A}^{1}_{4}$ nde  $f\tilde{A}^{1}_{4}$ r die zum 1. Januar 1999 eingef $\tilde{A}^{1}_{4}$ hrte Zweiteilung des Verfahrens zur Erhebung von Gesamtsozialversicherungsbeitr $\tilde{A}$ ¤gen (vgl.  $\frac{\hat{A}}{8}$  76 Abs. 1 SGB IV) wird auf die Materialien Bezug genommen (BT-Drs. 13/1205 S. 6 zu Art. 1 Nr. 3 [28p]). Auf die Rentenversicherungstr $\tilde{A}$ ¤ger  $\hat{a}_{0}$ 0 ausgelagert $\hat{a}_{0}$ 1 ist seither die turnusm $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$ 0 ige (Au $\tilde{A}$ 0 en-)Pr $\tilde{A}^{1}_{4}$ fung, also die Pr $\tilde{A}^{1}_{4}$ fung  $\hat{a}_{0}$ 0 vor Ort $\hat{a}_{0}$ 1 in den Unternehmen, wie es sich im Einzelnen aus der Beitragsverfahrensordnung vom 3. Mai 2006 (BGBl. I S. 1138) ergibt (vgl. BSG, Urteil vom 28. Mai 2015  $\hat{a}_{0}$ 1 B 12 R 16/13 R  $\hat{a}_{0}$ 1 juris Rn. 22).

### Â

Nach dem Willen des Gesetzgebers endet die Prüfbefugnis der Rentenversicherungsträger nicht mit der SchlieÃ□ung des Unternehmens (vgl. Gesetzentwurf BT-Drs. 13/1205, S. 6). § 28p Abs. 1 Satz 3 SGB IV verpflichtet die Einzugsstellen entsprechend, den für den Arbeitgeber zuständigen Rentenversicherungsträger zu unterrichten, wenn Tatsachen bekannt werden, die eine alsbaldige Prüfung beim Arbeitgeber erforderlich erscheinen lassen. Dies ist bei einer Insolvenz des Unternehmens regelmäÃ□ig der Fall und kann zur Veranlassung der vorliegend durchgeführten Ad-hoc-Betriebsprüfung führen (vgl. BSG, Urteil vom 28. Mai 2015 â□□ B 12 R 16/13 R â□□ juris Rn. 17).

# Â

GrundsÃxtzlich ist die Beklagte  $\hat{a}_{\square}$  wie sie dem Senat gegenüber eingewandt hat  $\hat{a}_{\square}$  nach  $\hat{A}$ § $\hat{A}$  28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV nicht (mehr) berechtigt, nur eine pauschal gehaltene Prüfmitteilung dahingehend zu erlassen, dass die durchgeführte Betriebsprüfung  $\hat{a}_{\square}$ ohne Beanstandungen geblieben $\hat{a}_{\square}$  sei. Explizit zum Schutz der Arbeitgeber ist sie seit dem 1. Januar 2017 vielmehr gehalten, auch bei beanstandungslos verlaufenen Prüfungen einen entsprechenden Prüfbescheid zu erlassen, der den maÃ $_{\square}$ geblichen formellen und materiellen Anforderungen genügt (vgl. BSG, Urteil vom 19. September 2019 $\hat{A}$   $\hat{a}_{\square}$  B 12 R 25/18 R $\hat{A}$   $\hat{a}_{\square}$  juris Rn. 34 m. w. N.).

### Â

Macht ein RentenversicherungstrĤger von der ihm durch <u>§ 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV</u> eingerĤumten Befugnis zur Nachforderung von GesamtsozialversicherungsbeitrĤgen mittels Prüfbescheids Gebrauch, so kommt diesem (gleichwohl) nur der Charakter eines Grundlagenbescheids für die Erhebung der BeitrĤge zu, weil Betriebsprüfungen ihrerseits eine über die

bloÃ $_{\Box}$ e Kontrollfunktion hinausgehende Bedeutung nicht entfalten (BSG, Urteil vom 28. Mai 2015Â â $_{\Box}$  $_{\Box}$ B 12 R 16/13 RÂ â $_{\Box}$  $_{\Box}$  juris Rn. 23). Die BetriebsprÃ $_{\Box}$ 4fung hat insbesondere den Zweck, den Einzugsstellen durch Sicherstellung von Arbeitgeberunterlagen und -aufzeichnungen eine â $_{\Box}$  $_{\Box}$  bindende â $_{\Box}$  $_{\Box}$ Berechnungsgrundlage zu verschaffen, damit diese die notwendigen Schritte zur Geltendmachung von AnsprÃ $_{\Box}$ 4chen auf (rÃ $_{\Box}$ 4ckstÃ $_{\Box}$ 2ndige) BeitrÃ $_{\Box}$ 2 auternehmen kÃ $_{\Box}$ 1nnen .

# Â

Im Insolvenzverfahren â∏ etwa im Falle der Weiterführung des Betriebes nach der InsolvenzerĶffnung und insofern mĶglichen Masseverbindlichkeiten â∏ hat der Nachforderungsbescheid des RentenversicherungstrĤgers nach der auch vom Senat geteilten hå¶chstrichterlichen Rechtsprechung vor allem die Funktion, den Einzugsstellen die Glaubhaftmachung ihrer Beitragsforderungen zu ermĶglichen, wenn Beitragsnachweise und bzw. oder Meldungen des Arbeitgebers fehlen bzw. solche unvollständig oder unzutreffend sind (vgl. <u>§ 28f Abs. 3 Satz 3 SGB IV</u>). In diesem Sinne regelt der Prüfbescheid des Rentenversicherungsträgers für die Einzugsstellen verbindlich die maximale Höhe der (rýckständigen) GesamtsozialversicherungsbeitrĤge als Ausgangsbasis für den Beitragseinzug (BSG, Urteil vom 28. Mai 2015Â  $\hat{a} \square \square B$  12 R 16/13 RÂ  $\hat{a} \square \square$  juris Rn. 23). Denn der Beitragseinzug fÄxllt nach der dem SGB IV immanenten Trennung zwischen ̸berprüfung des Arbeitgebers einerseits und seiner Ã∏berwachung sowie der Geltendmachung von Beitragsansprýchen andererseits in den ZustĤndigkeitsbereich der Einzugsstellen als GlĤubiger der Beitragsforderungen. Wie vom Bundessozialgericht zu Recht ausgefļhrt worden ist, schafft der (Leistungs- bzw. Zahlungs-)Bescheid des RentenversicherungstrĤgers die Grundlage für die Verwirklichung der Ansprüche aus dem Beitragsschuldverhältnis. Er vermittelt â∏ in Bezug auf Masseverbindlichkeiten â∏∏ den Nachweis einer Rechtsstellung, ohne gleichzeitig bereits die Funktion eines Vollstreckungstitels im engeren Sinne zu haben, die Verwaltungsakten mit einem Leistungs- und Zahlungsgebot üblicherweise zukommt (vgl. BSG, Urteil vom 28. Mai 2015Â â∏∏ <u>BÂ 12 R 16/13 R</u>Â â∏∏ juris Rn. 23). Eine aus dem Grundlagenbescheid folgende Bindungswirkung widerspricht indes bei Insolvenzschulden, wie hier, § 87 InsO i. V. m. §Â§ 174 ff. InsO und führt zur Rechtswidrigkeit des dem Insolvenzverwalter gegenüber bekanntgegebenen Prüfbescheids (nachfolgend 2.).

#### Â

b) Der angefochtene Betriebsprüfungsbescheid ist formell rechtmäÃ∏ig nach Anhörung gemäÃ∏ <u>§Â 24 Abs. 1 SGB X</u> dem Kläger gegenüber als bestelltem Insolvenzverwalter bekanntgegeben worden (vgl. <u>§ 37 Abs. 1 SGB X</u>). Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens geht das Recht des Schuldners, das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen zu verwalten und darüber zu verfügen, auf den Insolvenzverwalter über (<u>§ 80 Abs. 1 InsO</u>). Dieser rückt hierdurch in die Arbeitgeberstellung ein (vgl. <u>§Â 28e SGB IV</u>) und nimmt sämtliche hiermit verbundenen Rechte und Pflichten wahr (vgl. BSG, Urteil vom 15. September 2016

 $\hat{a} \sqcap \square B 12 R 2/15 R \hat{a} \sqcap \square \text{ juris Rn. 22}$ ).

#### Â

- c) Fehler des angefochtenen Prýfbescheides liegen in materiell-rechtlicher Hinsicht wegen der Art und des Umfangs der erhobenen Nachforderung nicht vor. Solche sind auch vom Kläger selbst nicht geltend gemacht worden.
- 2. Die aus § 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV zugunsten der Beklagten folgende Ermächtigung (und regelmäÃ∏ige Verpflichtung) zum Erlass von Verwaltungsakten â∏ den Betriebsprüfungsbescheiden â∏ wird nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens für Forderungen aus davor liegenden Zeiten, die Insolvenzforderungen i. S. v. § 38 InsO darstellen, durch vorrangiges Bundesrecht verdrängt mit der Folge, dass der Beklagten ab diesem Zeitpunkt wegen des Ergebnisses der Betriebsprüfung allein die Versendung von Prüfmitteilungen an die Einzugsstellen gestattet ist. Die Bekanntgabe eines feststellenden Verwaltungsakts gegenüber dem Kläger kollidiert dagegen mit vorrangigen Regelungen des Insolvenzrechts.

#### Â

Bei den von der Beklagten festgestellten rýckständigen Gesamtsozialversicherungsbeiträgen handelt es sich um Insolvenzforderungen i. S. d. <u>§Â 38 InsO</u> und nicht um Masseverbindlichkeiten (vormals Masseschulden; nachfolgend a). <u>§ 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV</u> ist in Bezug auf Nachforderungen zur Gesamtsozialversicherung, die Insolvenzforderungen darstellen, in Ermangelung einer ausdrýcklichen Kollisionsregelung unter Beachtung des Rechtsstaatsprinzips nach Sinn und Zweck des Insolvenzverfahrensrechts dahingehend einschränkend auszulegen, dass die spezielleren Vorschriften des <u>§ 87</u> i. V. m. <u>§Â§ 174 ff. InsO</u> die Regelungsbefugnis der Beklagten dem Insolvenzverwalter gegenýber verdrängen (nachfolgend b).

# Â

a) Bei den durch den vorliegend angefochtenen  $Pr\tilde{A}^{1}/_{4}$ fbescheid festgestellten  $r\tilde{A}^{1}/_{4}$ ckst $\tilde{A}$ ¤ndigen Gesamtsozialversicherungsbeitr $\tilde{A}$ ¤gen handelt es sich nicht um Masseverbindlichkeiten, sondern um Insolvenzforderungen i. S. d.  $\underline{\hat{A}}$ \$\hat{\textit{A}}\$\frac{1}{3}\$ 8 InsO. Folge ist, dass die bundessozialgerichtliche Rechtsprechung u. a. mit Urteil vom 28. Mai 2015\hat{\textit{A}}\$ (\hat{\textit{A}}\subseteq \textit{B} 12 R 16/13 R \hat{\textit{A}}\$ \hat{\textit{A}}\subseteq \textit{D} iuris Rn. 23) auf den vorliegenden Sachverhalt nicht  $\tilde{A}$ 1/4 bertragbar ist, wie es die Beklagte indes f $\tilde{A}$ 1/4 sich in Anspruch nimmt.

#### Â

§ 38 InsO regelt, welche Gläubiger an der gemeinschaftlichen Befriedigung teilnehmen dÃ⅓rfen. Nach dieser Vorschrift dient die Insolvenzmasse zur Befriedigung der persönlichen Gläubiger, die einen zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens begrÃ⅓ndeten Vermögensanspruch gegen den Schuldner â□□ eine Insolvenzforderung â□□ haben (Insolvenzgläubiger). Masseverbindlichkeiten

sind dagegen vorweg zu berichtigen und fallen deshalb weder unter  $\hat{A}\S$  38 InsO noch unter die f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r Insolvenzforderungen geltenden Verfahrensbestimmungen (vgl. M $\tilde{A}^{1}/_{4}$ nchener Kommentar zur Insolvenzordnung, Ehricke/Behme, 4. Aufl.,  $\hat{A}\S$  38 Rn. 21).

#### Â

Für die Abgrenzung zwischen Masseverbindlichkeiten und Insolvenzforderungen ist maà geblich, ob die Grundlagen des RechtsverhÃx Itnisses, aus dem der Anspruch resultiert, aus der Zeit vor Verfahrenseröffnung datieren (vgl. Holzer in Prütting/Bork/Jacoby, Kommentar zur Insolvenzordnung, 98. Lieferung 12/2023, § 38 InsO Rn. 8). So liegt es hier, wie mit dem angefochtenen Bescheid von der Beklagten insofern zutreffend und ausdrücklich festgestellt worden ist.

# Â

Die mit dem gegenstĤndlichen Prüfbescheid dem Grunde nach festgestellten rückständigen Gesamtsozialversicherungsbeiträge beziehen sich ausschlieÃ□lich auf Zeiten vor der Insolvenzeröffnung þber das Vermögen der Insolvenzschuldnerin am 12. Dezember 2019. Auf diese Beitragsforderungen bezogen kommen als Insolvenzgläubiger im Sinne von § 38 InsO allein die beigeladenen Einzugsstellen in Betracht, nicht dagegen die Beklagte. Denn, was vorliegend unstreitig ist, können allein die Beigeladenen wegen der dem Beitragserhebungsverfahren des SGB IV immanenten Trennung zwischen der Ã□berprüfung des Arbeitgebers einerseits und dessen Ã□berwachung sowie der Geldmachung von Beitragsansprüchen andererseits, die Nachzahlung fordern, nicht dagegen die Beklagte, die selbst nicht kontoführende Einzugsstelle ist.

### Â

b) Zwar schrĤnken weder das SGBÂ IV noch Vorschriften des Insolvenzrechts die Regelungsbefugnis der Beklagten für FÃxlle der vorliegenden Art ausdrücklich ein. Auch handelt es sich bei <u>§ 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV</u> um das jüngere Bundesgesetz, welches grundsÄxtzlich nicht durch Äxltere Vorschriften, wie dem Insolvenzrecht, verdrĤngt wird. Die fļr die bundesdeutsche Rechtsordnung aber nach einhelliger Auffassung rechtsgebietsübergreifend geltenden Regelungen über das Insolvenzverfahren in <u>§Â 87 InsO</u> i. V. m. <u>§Â§ 174 ff. InsO</u> sind auf der Grundlage des Rechtsstaatsprinzips nach ihrem Sinn und Zweck die spezielleren Regelungen, die die ErmÄxchtigung der Beklagten zum Erlass von (Grundlagen-)Bescheiden in Bezug auf Insolvenzforderungen verdrĤngen (vgl. zur verdrängender Wirkung speziellerer Regelungen â∏ dort Wahlrechtsreform 2020 â∏∏ BVerfG, Beschluss vom 20. Juli 2021 â∏∏ 2 BvF 1/21 â∏∏ juris Rn. 76). Denn ÂS 87 InsO verbietet generell den Erlass von Bescheiden über öffentlichrechtliche Forderungen, die Insolvenzforderungen sind, oder deren Vollstreckung. Der rechtsgebietsübergreifend geltende Grundgedanke des Insolvenzrechts, dass sich kein GlĤubiger gegenļber anderen InsolvenzglĤubigern Vorteile sichern darf, gilt ausnahmslos auch für öffentlich-rechtliche Träger.

#### Â

(vgl. BFH, Urteil vom 18. Dezember 2002 â□□ LR 33/01 â□□ juris Rn. 6 ff.; BVerwG, Urteil vom 12. Juni 2003 â□□ 3 C 21.02 â□□ juris Rn. 15 ff. zu § Konkursforderungen in Abgrenzung zu Masseschulden; BSG, Urteil vom 17. Mai 2001 â□□ B 12 KR 32/00 R â□□ juris Rn. 14 zu Konkursforderungen in Abgrenzung zu Masseschulden; BSG, Urteil vom 18. Dezember 2003 â□□ B 11 AL 37/03 â□□ juris Rn. 17; Hessisches LSG; Urteil vom 4. April 2022 â□□ L 5 R 101/19 â□□ juris Rn. 49; Breitenbücher in Graf-Schlicker, InsO, 1. Lieferung 2022, 6. Auflage, § 87 Rn. 10 m. w. N.; Sternal in Karsten Schmidt, Insolvenzordnung, 20. Auflage 2023, § 87 Rn. 11; Cymutter in BeckOK Insolvenzrecht, Fridgen/Geiwitz/Göpfert, Stand 2023, § 87 Rn. 15; Uhlenbruck/Mock, 15. Auflage 2019, InsO § 87 Rn. 30 m. w .N.; Kayser in Kayser/Thole, Insolvenzordnung [Heidelberger Kommentar] 11. Auflage 2023, Rn. 7 f.).

#### Â

§ 87 InsO steht damit der Feststellung Ķffentlich-rechtlicher und damit auch sozialrechtlicher Insolvenzforderungen durch Bescheid entgegen. Der Gesetzgeber hat in Bezug auf Insolvenzschulden eine Privilegierung der Ķffentlichen Hand nicht vorgesehen. Das die übrigen Rechtsgebiete überlagernde Insolvenzrecht (vgl. BFH, Beschluss vom 13. November 2002 â□□ <u>I B 147/02</u> â□□ juris Rn. 14) hat auch für das Sozialrecht zur Folge, dass in Bezug auf Insolvenzforderungen keine Verwaltungsakte mehr ergehen d $\tilde{A}^{1/4}$ rfen. Ein auf der Grundlage von  $\frac{\hat{A}\S}{28p}$  Abs. 1 Satz 5 SGB IV erlassener Prüfbescheid kollidiert mit diesem Vorrang, und zwar auch unter der PrĤmisse, dass es sich (lediglich) um einen Grundlagenbescheid handelt. Dies führt zur Rechtswidrigkeit des Bescheides. Ob ein entgegen <u>§Â 87</u> InsO erlassener Bescheid gemäÃ∏ <u>§ 40 Abs. 1 SGB X</u> sogar nichtig ist, kann fþr die hier gegenstĤndliche Anfechtungsklage dahinstehen (so BFH, Urteil vom 18. Dezember 2002 â∏∏ IR 33/01 â∏∏ juris Rn. 6 ff. zum Festsetzungs- und Feststellungsverfahren nach der AO 1977; BVerwG, Urteil vom 12. Juni 2003 â∏ 3 C 21.02 â∏∏ zu § 12 KO; Breitenbücher in Graf-Schlicker, InsO, 6. Auflage 2022, § 87 Rn. 10 m. w. N.).

#### Â

Vorstehendes fýhrt nicht zu unbilligen Ergebnissen zulasten der Einzugsstellen. Vielmehr ist die hiervon abweichende Rechtsauffassung der Beklagten nach Auffassung des Senats nicht systemgerecht und mit dem vorrangigen Insolvenzverfahrensrecht nicht zu vereinbaren (vgl. aber a. A. LSG Berlin-Brandenburg, Urteile vom 27. Oktober 2023 â□□ L 1 BA 35/21 â□□ und vom 12. Oktober 2023 â□□ L 14 BA 47/21 â□□ sowie Sächsisches Landessozialgericht, Zwischenurteil vom 15. Juni 2023 â□□ L 9 BA 15/20 â□□ jeweils juris mit Hinweis auf die anhängigen Revisionen).

# Â

aa) GemäÃ∏ <u>§ 87 InsO</u> können Insolvenzgläubiger ihre Forderungen nur nach

den Vorschriften über das Insolvenzverfahren verfolgen. <u>§ 89 Abs. 1 Insolvenzol</u> regelt ergänzend, dass Zwangsvollstreckungen für einzelne Insolvenzgläubiger während der Dauer des Insolvenzverfahrens weder in die Insolvenzmasse noch in das sonstige Vermögen des Schuldners zulässig sind. Dass die Beklagte vorliegend nicht als Insolvenzgläubigerin in Betracht kommt, weil sie nicht ihrerseits zugleich Einzugsstelle ist, führt ebenso wenig zu einer abweichenden Beurteilung wie der Umstand, dass es sich bei dem Prüfbescheid nur um einen sogenannten Grundlagenbescheid handelt. Denn auch dessen Bestands- bzw. Rechtskraft würde dem streng formalisierten insolvenzrechtlichen Verfahren zuwider laufen und geeignet sein, Rechte von (Dritt-) Insolvenzgläubigern zu beschneiden.

# Â

bb) Die Generalklausel des <u>§ 87 InsO</u> wird durch andere gesetzliche Bestimmungen konkretisiert und ergĤnzt. Hierzu gehĶren neben <u>§ 240 ZPO</u> (Unterbrechung durch Insolvenzverfahren) insbesondere auch <u>§Â§ 174 ff. InsO</u> (Feststellung von Forderungen) und <u>§Â§Â 187 ff. InsO</u> (Verteilung; vgl. Kayser in Kayser/Thole, Insolvenzordnung, Heidelberger Kommentar, 11. Auflage 2023, § 87 Rn. 2).

# Â

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens beginnt das Verfahren zur Feststellung der Forderungen ( $\frac{\hat{A}\$\hat{A}\$}{174}$  ff. InsO). Gläubiger haben ihre Forderung schriftlich beim Insolvenzverwalter anzumelden ( $\frac{\hat{A}\$}{174}$  Abs. 1 Satz 1 InsO), der diese in eine Tabelle einträgt ( $\frac{\hat{A}\$}{175}$  Abs. 1 InsO). Wird gegen eine Forderung kein Widerspruch erhoben oder ein solcher beseitigt, gilt die Forderung als festgestellt ( $\hat{A}\$$  178 Abs. 1 Satz 1

InsO). Die Eintragung in die Tabelle wirkt dann wie ein rechtskrĤftiges Urteil gegenüber dem Insolvenzverwalter und allen Insolvenzgläubigern (§ 178 Abs. 3 InsO). FÃ⅓r öffentlich-rechtliche, also sowohl steuer- und abgabenrechtliche als auch sozialrechtliche und insbesondere auch Gesamtsozialversicherungsbeiträge oder Gebühren betreffende (Insolvenz-)Forderungen gilt nichts Abweichendes. Die Einzugsstellen sind vielmehr als Gläubiger des Anspruchs auf den Gesamtsozialversicherungsbeitrag (vgl. § 28h Abs. 1 Satz 2 und 3 SGB IV und § 28 Abs. 3 Satz 3 SGB IV) gleichermaÃ□en wie andere Insolvenzgläubiger (â□□Drittgläubigerâ□□) darauf verwiesen, ihre Insolvenzforderungen beim Insolvenzverwalter gemäÃ□ § 174 Abs. 1 Satz 1 InsO anzumelden und feststellen zu lassen. HierfÃ⅓r die â□□Grundlageâ□□ mittels eines feststellenden und der Bestandskraft fähigen Bescheides zu schaffen, ist aus Sicht des Senats in Bezug auf Insolvenzforderungen nicht zulässig.

# Â

An der abschlieà enden Verteilung der Insolvenzforderungen, die hier nicht gegenstà ndlich ist, können sodann nur solche Forderungen teilnehmen, die nicht nur angemeldet, sondern auch im Termin geprà ¼ft wurden (§ 176 Satz 1 und §

187 Abs. 1 InsO). Eine auf der Grundlage eines zumindest den Insolvenzverwalter und die Einzugsstellen bindenden  $Pr\tilde{A}^{1}/_{4}$ fbescheides angemeldete Forderung  $w\tilde{A}^{1}/_{4}$ rde dagegen das in  $\hat{A}\S\hat{A}\S$  179 ff. InsO geregelte Verfahren zur Feststellung zumindest mittelbar unterlaufen und Drittgl $\tilde{A}$  ubiger  $\hat{a}$  anders als es dem Willen des Gesetzgebers entspricht  $\hat{a}$  systemfremd benachteiligen (a. A. LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 12. Oktober 2023  $\hat{a}$  L 14 BA 47/21  $\hat{a}$  juris Rn. 50-54, wonach der Betriebspr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ fungsbescheid  $\hat{a}$  nur in zul $\tilde{A}$  und zwar u. a. dem Insolvenzverwalter gegen $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber; daneben aber auch Tatbestandswirkung bei der Einzugsstelle entf $\tilde{A}$  Ilt; Urteil vom 27. Oktober 2023  $\hat{a}$  L 1 BA 35/21  $\hat{a}$  juris Rn. 40, wonach eine Bindungswirkung des  $\hat{A}$  pr $\hat{A}$  bescheides ausschlie $\hat{A}$  lich im Innenverh $\hat{A}$  in Insolvenzverwalter und Einzugsstelle eintreten soll).

# Â

Dem liegen folgende Erwägungen zugrunde: GemäÃ § 179 Abs. 1 InsO trifft den Insolvenzgläubiger der bestrittenen Forderung â gegebenenfalls die Einzugsstelle â die Betreibungslast. Dies wÃ4rde im Fall einer Bindungswirkung des PrÃ4fbescheids zulasten anderer Insolvenzgläubiger unterlaufen. Eine Widerspruchsobliegenheit etwa des Insolvenzverwalters oder von Drittgläubigern sieht 6§179 Abs. 2 InsO dagegen nur f71 zuvor 810 bereits titulierte Forderungen vor.

#### Â

cc) Rechtssystematisch steht hiermit in Einklang, dass laufende, die Insolvenzmasse betreffende Rechtsstreite analog  $\frac{\hat{A}\S}{240}$  ZPO unterbrochen werden. Die hieraus folgende Systematik zu umgehen, indem die Beklagte auch in Bezug auf Insolvenzforderungen zum Erlass (gegebenenfalls die Adressaten bindender) Bescheide berechtigt ist, w $\tilde{A}^{1}/_{4}$ rde eine systemfremde Besserstellung der  $\tilde{A}$ fffentlichen Hand bewirken.

# Â

Die Insolvenzmasse umfasst das gesamte Vermögen, das dem Schuldner zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens gehört und das er während des Verfahrens erlangt (§Â 35 InsO). Ein anhängiges Verfahren betrifft die Insolvenzmasse, wenn es zu ihr in rechtlicher oder wenigstens wirtschaftlicher Beziehung steht, wobei ein mittelbarer Bezug zur Insolvenzmasse ausreicht. Von § 240 ZPO werden nach Sinn und Zweck der Vorschrift auch Rechtsstreitigkeiten erfasst, die der Vorbereitung eines aktiv oder passiv die Insolvenzmasse betreffenden Hauptanspruchs dienen. Fýr verwaltungsrechtliche Streitigkeiten bedeutet dies, dass § 240 ZPO auch fÃ⅓r Streitgegenstände gilt, die zumindest mittelbare Wirkung auf die Insolvenzmasse haben. Denn allein schon die präjudizielle Wirkung eines Bescheides kann mittelbar die Insolvenzmasse betreffen (vgl. BVerwG, Urteil vom 7. Juni 2018 â∏ 6 B 1.18 â∏ juris Rn. 12 ff. m .w. N.).

Â

Eine Klage, mit der eine Insolvenzforderung auà erhalb des Insolvenzverfahrens gegen den Schuldner oder den Insolvenzverwalter geltend gemacht wird, ist dagegen mit Rý cksicht auf § 87 InsO unzulà ssig (BGH, Urteil vom 21. Februar 2013 â II IX ZR 92/12 â II juris Rn. 28). Fü r die Behö rden und Sozialleistungstrà gern verfahrensrechtlich eingerà umte Befugnis, Forderungen durch Verwaltungsakt bindend zu titulieren, kann nichts Abweichendes gelten.

#### Â

Die vorstehenden AusfÃ $\frac{1}{4}$ hrungen gelten fÃ $\frac{1}{4}$ r â $\frac{1}{4}$  im vorliegenden Verfahren nicht gegenstÃ $\frac{1}{4}$ ndliche â $\frac{1}{4}$  Masseverbindlichkeiten dagegen von vornherein nicht. Denn diese sind gemÃ $\frac{1}{4}$  Â $\frac{1}{4}$  53 InsO vorweg zu befriedigen. Â $\frac{1}{4}$  87 InsO findet keine Anwendung. Ã $\frac{1}{4}$  ffentliche GlÃ $\frac{1}{4}$  ubiger kÃ $\frac{1}{4}$  nnen wegen Masseverbindlichkeiten daher allgemeiner Auffassung zufolge auch darauf gerichtete Leistungsbescheide erlassen (vgl. BVerwG, Urteil vom 12. Juni 2003 â $\frac{1}{4}$  3 C 21.02 â $\frac{1}{4}$  juris Rn. 16; BSG, Urteil vom 28. Mai 2015 â $\frac{1}{4}$  B 12 R 16/13 R â $\frac{1}{4}$  juris Rn. 15 ff.; Uhlenbruck/Mock, 15. Auflage 2019, InsO, Â $\frac{1}{4}$  87 Rn. 34 m. w. N.). Eine entsprechende Befugnis spricht auch der KlÃ $\frac{1}{4}$  den Beklagten fÃ $\frac{1}{4}$ r den Fall von Masseschulden folgerichtig nicht ab.

# Â

dd) Die Einzugsstellen werden hierdurch nicht unverhältnismäÃ $\square$ ig benachteiligt. Bei der Anmeldung von Insolvenzforderungen sollen die Urkunden, aus denen sich die Forderung ergibt, in Abdruck beigefÃ $\frac{1}{4}$ gt werden ( $\frac{1}{4}$ § 174 Abs. 1 Satz 2 InsO). Grund und Betrag der Forderung sind nach  $\frac{1}{4}$ § 174 Abs. 2 Satz 1 InsO anzugeben. Dass fÃ $\frac{1}{4}$ r diese Glaubhaftmachung die Festsetzung durch PrÃ $\frac{1}{4}$ fbescheid zwingend wäre, hat die Beklagte aus Sicht des Senats nicht  $\frac{1}{4}$ berzeugend dargetan. Vielmehr ist eine als  $\frac{1}{4}$ Iminus $\frac{1}{4}$ Imitteilung ausreichend, um die Grundlage zum Nachweis der Rechtsstellung als Insolvenzgl $\frac{1}{4}$ ¤ubiger zu schaffen.

# Â

Ein solches Vorgehen steht auch nicht zur Rechtsprechung des Bundessozialgerichts in Widerspruch, wonach auch eine beanstandungsfrei durchgefĽhrte Betriebsprļfung zum Schutz der Arbeitgeber durch einen Verwaltungsakt beendet werden muss, der den Bestimmtheitsanforderungen genügt und Gegenstand sowie Ergebnis der Prüfung angibt (BSG, Urteil vom 19. September 2019 â∏ B 12 R 25/18 R â∏ juris Rn. 30 ff. m. w .N.). Danach ist davon auszugehen, dass Betriebsprüfungen eine Schutzwirkung für Arbeitgeber zukommt, seit den Betriebsprüfungsstellen aufgegeben wurde, die geprüften Sachverhalte offenzulegen, mit der Folge, dass auch bei beanstandungslos verlaufenden Betriebsprüfungen statt Prüfmitteilungen grundsÃxtzlich Prüfbescheide zu ergehen haben. Solches steht hier indes garnicht im Raum. Vielmehr hat diese Rechtsprechung ihren Grund in dem zu Recht für erforderlich gehaltenen Schutz der Arbeitgeber bei beanstandungslos verlaufenden Prüfungen (vgl. BSG, Urteil vom 19. September 2019 â∏ B 12 R 25/18 R â∏ juris). Abgesehen davon, dass vorliegend dem Kläger die Verfügungsmacht über die

Insolvenzschuldnerin obliegt, wurde hier zudem gerade keine Beanstandungsfreiheit festgestellt. Ob in dem Fall der Beanstandungsfreiheit â□□ vergleichbar der steuerrechtlichen Festsetzung eines Erstattungsbetrags (â□□Null-Festsetzungâ□□; vgl. BFH, Urteil vom 5. April 2022 â□□ IX 27/18 â□□ juris Rn. 17 ff.) â□□ eine Bescheidung auf der Grundlage von § 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV zulässig wäre, wie es im Ã□brigen ohne insolvenzrechtlichen Bezug die Regel ist, kann daher dahinstehen. Eine das Insolvenzrecht ù¼berlagernde Verpflichtung der Beklagten zum Erlass eines Prù¼fbescheides fù¼r Insolvenzverfahren kann der höchstrichterlichen Rechtsprechung jedenfalls nicht entnommen werden.

# Â

3. Dies gilt auch für die â∏ allein â∏ zu Masseverbindlichkeiten ergangene Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (vgl. BSG, Urteile vom 28. Mai 2015 â∏ B 12 R 16/13 R â∏ juris Rn. 23 und vom 15. September 2016 â∏ B 12 R 2/15 R â∏ juris Rn. 24), dievon vornherein nicht auf Fälle der vorliegenden Art übertragbar ist. § 87 InsO wird in diesen Entscheidungen bereits mangels Einschlägigkeit zu Recht nicht thematisiert. Im Ã∏brigen steht die â∏ nicht zulässige â∏ Ã∏bertragbarkeit der Rechtsprechung zum Erlass von (Grundlagen-) Bescheiden in Bezug auf Masseverbindlichkeiten auf Insolvenzschulden mit der hierzu ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung im Verwaltungs-, Steuerund Zivilrecht insgesamt und damit mit dem Rechtsstaatsprinzip im Sinne der Einheit der Rechtsordnung in Einklang:

# Â

a) Der Bundesfinanzhof geht in ständiger Rechtsprechung davon aus, dass nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens und vor Abschluss der Prüfungen gemäÃ∏  $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$   $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$   $\frac{177 \text{ InsO}}{\hat{A}}$  grundsätzliche keine Bescheide mehr erlassen werden dürfen, in denen Besteuerungsgrundlagen festgestellt oder festgesetzt werden, die die Höhe der zur Insolvenztabelle anzumeldenden Steuerforderungen beeinflussen können (vgl. BFH, Urteil vom 18. Dezember 2002 â∏∏ IR 33/01 â∏∏ juris und Urteil vom 1. April 2003 â∏∏ IR 51/02 â∏∏ juris Rn. 16).

# Â

Diese Rechtsprechung zum Steuer- und Abgabenrecht ist auch nicht wegen der sozialrechtsspezifischen Zweiteilung des Verfahrens in Bezug auf den Gesamtsozialversicherungsbeitragseinzug unbeachtlich. Denn auch bei steuerbehĶrdlichen Festsetzungen kommt eine vergleichbare Zweiteilung des Verfahrens vor, etwa in Bezug auf (Grundlagen-)Bescheide fÃ $\frac{1}{4}$ r die steuerliche Bemessung von Grundeigentum, die durch die FinanzÃ $\alpha$ mter erlassen werden (vgl.  $\frac{1}{4}$ 8 AO) und die nachfolgende  $\frac{1}{4}$ 1 Erhebung der Grundsteuer, f $\frac{1}{4}$ 1 die die Gemeinde gem $\frac{1}{4}$ 2  $\frac{1}{4}$ 3  $\frac{1}{4}$ 4 f. GrStG zust $\frac{1}{4}$ 2 zust $\frac{1}{4}$ 3 zust $\frac{1}{4}$ 4 die insofern allein als Insolvenzgl $\frac{1}{4}$ 3 zubigerin in Betracht k $\frac{1}{4}$ 3 mme.

Â

b) Der Bundesgerichtshof geht davon aus, das <u>§ 87 InsO</u>, der die gleichmäÃ∏ige und gemeinschaftliche Befriedigung der InsolvenzglĤubiger (§ 1 InsO) sicherstellen soll, zum ordre public gehĶrt, und dass das Anmelde- und Feststellungsverfahren nach <u>§Â§Â 174 ff. InsO</u> zwingende Folge dieser Vorschrift ist. Dementsprechend ist ein Schiedsspruch in Bezug auf Insolvenzforderungen auszulegen (BGH, Urteil vom 29. Januar 2009 â ☐ III ZB 88/07 â ☐ juris Rn. 15 ff.). Der Bundesgerichtshof hat zur weiteren Begründung ausgeführt, der Grund für das vorrangig zu betreibende Anmeldungs- und Prüfungsverfahren liege unter anderem darin, dass das Feststellungsurteil gegenüber dem Insolvenzverwalter und allen InsolvenzglĤubigern wirke (§ 183 Abs. 1 InsO). Letztere müssten â∏ ebenso wie der Verwalter â∏ zunächst Gelegenheit erhalten, die angemeldete Forderung zu prüfen und gegebenenfalls zu bestreiten. Die grundlegende Bedeutung dieser Regelung habe bereits die Regierungsbegründung des Entwurfs der Konkursordnung herausgestellt. Jeder Gläubiger werde durch die Teilnahme des anderen in seinen Bezügen geschmĤlert und mýsse daher die Befugnis haben, die Forderung des anderen nach ihrer Richtigkeit (â∏¦) zu prüfen, zu bestreiten und den sich daraus ergebenden Streit selbstĤndig durchzufļhren. Deshalb folge aus dem Grundsatz der gemeinschaftlichen Befriedigung aller aus dem begrenzten SchuldnervermĶgen, dass kein GlĤubiger rücksichtslos gegen die anderen sein einzelnes Befriedigungsrecht gegen den Schuldner verfolgen dürfe. Das gleiche Recht aller verlange, dass keiner seinen Anspruch anders als im gemeinsamen Verfahren ausüben dürfe; es berechtige jeden, den Anspruch des anderen zu prýfen. Darauf beruhe der Zwang, Forderungen zu dem gemeinschaftlichen Prüfungsverfahren anzumelden (BGH, a. a. O Rn. 24 f.). Diese Ausführungen treffen auch für das Sozialrecht zu.

### Â

c) Schlieà lich wird in der bundesverwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung klar zwischen Masseschulden (-verbindlichkeiten) und Schulden für Zeiten vor der Insolvenzeröffnung differenziert. Das Verbot zum Erlass von Bescheiden in Bezug auf öffentlich-rechtliche Forderungen gilt danach ausdrücklich nicht für Masseschulden; öffentliche Gläubiger können vielmehr ihretwegen unstreitig Leistungsbescheide erlassen (vgl. BVerwG, Urteil vom 12. Juni 2003 â l 3 C 21.02 â l juris Rn. 16 zu §Â 12 KO). Diese zur à berzeugung des Senats ebenfalls auf das Sozialrecht übertragbare Rechtsprechung gilt mit Inkrafttreten der Insolvenzordnung fort. Denn der Gesetzgeber der Insolvenzordnung hat bei der Neufassung der §Â§ 87, 174 ff. InsO darauf verwiesen, dass er insoweit an die Regelungen des Konkursrechts anknüpfe (Begründung der Bundesregierung BT-Drucks. 12/2443 S. 137, 183, 185).

Â

4. Die Kostenentscheidung ergibt sich aus <u>§ 197a SGG</u> i. V. m. <u>§ 154 Abs. 1</u>, <u>§ 162 Abs. 3</u> Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). AuÃ∏ergerichtliche Kosten der Beigeladen waren nicht aus Billigkeitsgrù¼nden der Beklagten aufzuerlegen, nachdem diese sich nicht aktiv am Verfahren beteiligt haben.

#### Â

Das Sozialgericht hat auch dem Antrag, die Zuziehung eines Bevollm $\tilde{A}$ ¤chtigten f $\tilde{A}$ ¼r das Vorverfahren f $\tilde{A}$ ¼r notwendig zu erkl $\tilde{A}$ ¤ren ( $\hat{A}$ § 162 Abs. 2 Satz 2 VwGO), zu Recht nicht entsprochen.  $\hat{A}$ 

#### Â

GemäÃ∏ § 197a SGG i. V. m. § 162 Abs. 2 Satz 2 VwGO sind, soweit ein Vorverfahren geschwebt hat, Gebühren und Auslagen erstattungsfähig, wenn das Gericht die Zuziehung eines Bevollmächtigten für das Vorverfahren fÃ⅓r notwendig erklärt. Nach §Â 162 Abs. 1 VwGO sind die notwendigen Aufwendungen der Beteiligten zwar â∏einschlieÃ∏lich der Kosten des Vorverfahrensâ∏ erstattungsfähig. Für die Aufwendungen aus der Bevollmächtigung eines Rechtsanwalts, Rechtsbeistands, Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers oder einer der sonstigen in § 162 Abs. 2 Satz 1 VwGO genannten Personen gilt dies aufgrund der Sonderregelung des § 162 Abs. 2 Satz 2 VwGO aber nur dann, wenn das Gericht die Zuziehung eines Bevollmächtigten für das Vorverfahren für notwendig erklärt hat.

# Â

Hierüber ist nach Lage des Einzelfalls unter Würdigung der jeweiligen VerhÃxItnisse zu entscheiden ist (Kunze in BeckOK, VwGO, Posser/Wolff/Decker, Stand: 1. Oktober 2023, § 162 Rn. 85a m. w. N.). Die Anerkennung der Notwendigkeit der Hinzuziehung eines BevollmĤchtigten fļr das Vorverfahren setzt voraus, dass es dem Widerspruchsführer nach seinen persönlichen VerhĤltnissen und nach den UmstĤnden der vorgefundenen Sach- und Rechtslage nicht zugemutet werden konnte, das Vorverfahren ohne Unterstýtzung eines Rechtsanwalts zu bestreiten (Kunze, a. a. O., §Â 162 Rn. 86a m. w. N. aus der Rechtsprechung). Ma̸gebend ist, ob sich ein vernünftiger Bürger (â∏verständiger Dritterâ∏) mit gleichem Bildungs- und Erfahrungsstand bei der gegebenen Sachlage mit Blick auf die Schwierigkeit und Bedeutung der Sache eines BevollmĤchtigten bedient hĤtte (vgl. BVerwG, Beschluss vom 27. Februar 2019  $\hat{a} \sqcap 2 \land 1.18 \hat{a} \sqcap 1.18$ Rechtsanwalt beizuziehen, steht nicht zwingend entgegen, dass der Betroffene selbst Rechtsanwalt ist. Denn die Zumutbarkeit, im Vorverfahren ohne Rechtsanwalt aufzutreten, ist nicht allein eine Frage mehr oder minder spezieller Rechtskenntnisse. Tritt ein Rechtsanwalt im Vorverfahren in eigener Sache auf oder IÃxsst er sich durch einen BevollmÃxchtigten vertreten, so ist hingegen auf die Sicht einer verstĤndigen, umsichtigen und mit gleichem Bildungs- und Erfahrungsniveau rechtskundigen Person abzustellen (Kunze, a. a. O., § 162 Rn. 86a m. w. N. aus der Rechtsprechung). Die Notwendigkeit der Hinzuziehung wird schlie̸lich auch durch die Bedeutung der Streitsache für den Widerspruchsführer bestimmt (vgl. BVerwG, Urteil vom 7. Mai 2019 â∏ 2 A 15.17 â ☐ juris Rn. 74 sowie Beschluss vom 27. Februar 2019 â ☐ 2 A 1.18 â ☐ juris Rn. 5). Der Bundesgerichtshof kam in einer Entscheidung betreffend das Insolvenzverfahren zu der EinschĤtzung, dass relativ einfach zu beurteilende

Anfechtungsfälle zu den Regelaufgaben des Insolvenzverwalters gehörten (vgl. BGH, Beschluss vom 14. November 2012 â∏ <u>IX ZB 95/10</u> â∏ juris Rn. 4).

Â

Nach diesen Maà stã ben war hier die Zuziehung der Bevollmã betrigten fã far das Vorverfahren, wie vom Sozialgericht entschieden, nicht notwendig. Dahinstehen kann, ob das Verfahren schwierige Fragen des Sozialrechts aufwarf. Denn ausweislich der bereits im Verwaltungsverfahren erteilten Vollmacht vom 2. Juli 2020 hat der Klã ger die Kanzlei, der er selbst angehã frt, insgesamt bevollmã betrigt. Es ist daher davon auszugehen, dass sã mtliche, kanzleiangehã frigen Rechtsanwã lte à her die fã her erforderlich gehaltenen Rechtskenntnisse verfã hegen, und damit auch der Klã ger selbst. Ein verstã ndiger Dritter mit gleichen Kenntnissen hã kte sich hiernach keines Bevollmã kchtigten bedient, zumal von einer besonderen persã finlichen Betroffenheit des Klã gers in seinem das Amt als Insolvenzverwalter umfassenden Geschã kftsbereich nicht gegeben ist.

Â

Die Revision war nach <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG</u> wegen grundsätzlicher Bedeutung zuzulassen.

Â

Â

Erstellt am: 28.03.2024

Zuletzt verändert am: 22.12.2024